

Albert Scharenberg

Politik der Provokation

„Der Kampf der Kulturen bricht offen aus“ – so lauten Anfang Februar die Schlagzeilen. Plötzlich scheinen selbst diejenigen Samuel P. Huntington beizupflichten, die seiner These vom „Clash of Civilizations“ bisher energisch widersprochen. „Huntington hat gewonnen“, gab beispielsweise Daniel Cohn-Bendit, der „Übervater des multikulturellen Gesellschaftskonzeptes“ (FAZ), jüngst zu Protokoll.¹

Und in der Tat: Der Streit um die Mohammed-Karikaturen, die die dänische Tageszeitung „Jyllands-Posten“ bereits im September 2005 veröffentlichte, hat eine beispiellose Kontroverse ausgelöst, in deren Gefolge auch die internationalen Beziehungen betroffen sind. Dabei wirken die islamistisch geführten Demonstrationen, bei denen bereits Menschen zu Tode kamen, die staatlichen Boykottandrohungen gegen Dänemark und die Erstürmung skandinavischer Botschaften in mehreren arabischen Staaten hierzulande wie eine Bestätigung der These vom „Zusammenstoß der Zivilisationen“.

Self-fulfilling Prophecy?

Nun war diese These bereits in Huntingtons berühmtem Essay mehr als eine analytische Beschreibung; sie ist vielmehr schon begrifflich in seine Kategorienbildung eingesickert – etwa in der Darstellung von Kultur als kaum wandelbare, überzeitliche Konstante. Aber während Huntington selbst dennoch mahnte, diesen „Zusammenstoß“ zu

1 „Welt am Sonntag“, 5.2.2006; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 6.2.2006.

verhindern und sich deshalb unter anderem vehement gegen den Irakkrieg aussprach, scheinen diese Warnungen in der öffentlichen Diskussion vergessen.² Hier wird der *clash of civilizations* mit „Kampf der Kulturen“ übersetzt und auf diese Weise, so könnte man denken, zu einer *self-fulfilling prophecy*.

Nichts trifft jedoch weniger zu. Die „Prophezeiung“ hat sich nämlich keineswegs „selbst erfüllt“. Es sind vielmehr radikale bzw. extremistische Kräfte, die aktiv an ihrer Erfüllung arbeiten – und das auf beiden Seiten. Allerdings verläuft die Grenzlinie nicht primär, wie von Huntington und seinen Adepten postuliert, zwischen einer vermeintlich „christlichen“ und einer „islamischen“ oder einer „europäischen“ und „arabischen“ Seite. Zum Krieg geblasen wird vielmehr von den europäischen Rechtspopulisten und -radikalen auf der einen sowie den islamischen Fundamentalisten und arabischen Herrschern auf der anderen Seite. Diese Gruppen sehnen einen „Kampf“, wenn nicht gar „Krieg der Kulturen“ herbei – und streben zielgerichtet nach dessen Realisierung. Zu diesem Zweck instrumentalisieren sie auch und gerade die Religion, weil diese sich in besonderem Maße als Träger kultureller Differenz und Motor einer emotionalisierten Mobilisierung eignet.

Der vermeintliche „Kampf der Kulturen“ ist deshalb nur über die genaue Analyse der Genese des Karikaturenstreits und der beteiligten Interessen angemessen zu begreifen.

2 Vgl. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations*, in: „Foreign Affairs“ 3/1993, S. 22-49; sowie sein Streitgespräch mit Johan Galtung in: „Blätter“ 1/2006, S. 37-51.

An dessen Anfang stand die Publikation von zwölf Karikaturen Mohameds in der „Jyllands-Posten“, Dänemarks größter und konservativ-populistischer Tageszeitung, die damit Ende September, wie die Redaktion selbst einräumte, die Muslime im Land provozieren wollte. Dass sie nur zweieinhalb Jahre zuvor den Abdruck von Jesus-Karikaturen mit der Begründung abgelehnt hatte, diese würden bei den eigenen Leserinnen und Lesern „für einen Aufschrei sorgen“, unterstreicht die provokative Intention. „Die Absicht der Medienmacher“ war also, anders als die „Neue Zürcher Zeitung“ vermutete, *nicht* „die akkurate Information ihrer Leser.“³

Trotzdem geschah nach der Veröffentlichung der Zeichnungen zunächst nichts. Erst als die Zeitung die dänischen Muslime direkt auf die Abbildungen hinwies, kam es zu Protesten seitens der inländischen Gläubigen und dann, im Oktober, auch durch die Botschafter islamisch geprägter Staaten. Die Vertreter von elf dieser Länder baten daraufhin den dänischen Ministerpräsidenten, Anders Fogh Rasmussen, um eine Aussprache. Rasmussen lehnte es jedoch ab, sich mit der Angelegenheit zu befassen.

Hätte der Ministerpräsident der Bitte entsprochen, wäre die über ein viertel Jahr später erfolgte Eskalation vermutlich gar nicht erst zustande gekommen, wie nicht nur der schwedische Premierminister, Göran Persson, vermutet. Aber das politische Überleben des dänischen Regierungschefs ist parlamentarisch von der *Dansk Folkeparti* (DF) abhängig. Diese radikal rechtspopulistische „Volkspartei“, die Rasmussens Minderheitsregierung seit 2001 toleriert, hat maßgeblich dazu beigetragen, die Ausländerpolitik des Landes substantiell zu verschärfen; die Ausländergesetzgebung gilt inzwischen als die schärfste in Europa. Mehr noch: Ihre offenen anti-islamische Propaganda würde

hierzulande wohl als Volksverhetzung eingestuft. So haben Abgeordnete der Partei den Islam als „Krebsgeschwür“ und „Terrorbewegung“ bezeichnet, und DF-Chefin Pia Kjærsgaard sagte unumwunden: „Es gibt nur eine Zivilisation, und das ist unsere.“

Kern der Agitation ist die durchgängige Gleichsetzung des Islam mit seiner fundamentalistischen Lesart. Im Februar versuchten Dänemarks Rechtsradikale sogar, für eine öffentliche Verbrennung des Koran auf dem Kopenhagener Rathausplatz zu mobilisieren. Kurz: Nirgendwo in Europa wird die Debatte über muslimische Einwanderung so gehässig geführt und sind die Gesetze so drastisch verschärft worden wie in Dänemark.⁴

In diesem Kontext – zu dem auch gehört, dass sich die „Jyllands-Posten“, gerade nach dem Regierungswechsel 2001, „zum Sprachrohr einer Verschärfung der Ausländerpolitik“ gemacht hat –, steht die Wirkung der Mohammed-Karikaturen. Zumindest einzelne der Karikaturen, insbesondere die eine Identität von Islam und Islamismus suggerierende Darstellung, auf der ein finster dreinblickender Mohammed eine Bombe unterm Turban trägt, sind daher auch als „Zeugnisse einer Fremdenfeindlichkeit, die sich jetzt wundert, dass die Beleidigten beleidigt sind“, gedeutet worden.⁵ Die Frage, ob die Karikaturen überhaupt hätten veröffentlicht werden *dürfen*, verstellt deshalb den Blick darauf, ob sie hätten veröffentlicht werden *sollen*.

In die Hände der Islamisten

Nun hat nicht nur die „Jyllands-Posten“ eine Reaktion der Muslime provoziert; diese Provokation ist zugleich seitens der extremen Kräfte unter ihnen gera-

4 Vgl. Albert Scharenberg, Rückkehr der Führer? Rechtsparteien in Europa, in: „Blätter“ 5/2005, S. 571-582, hier S. 574 f.

5 „die tageszeitung“, 8.2.2006; „Berliner Zeitung“, 3.2.2006.

3 „Neue Zürcher Zeitung“, 3.2.2006.

dezu begeistert aufgegriffen worden. Auch die dänischen Imame, die in der arabischen Welt für einen Boykott Dänemarks warben, waren dabei an der Eskalation beteiligt, nicht zuletzt deshalb, weil sie offenbar zugleich Bilder herumreichten, die gar nicht veröffentlicht worden waren, und auf denen unter anderem Mohammed als Schwein dargestellt wurde.

Die Demonstrationen und Ausschreitungen allerdings, wie es hierzulande – auch medial – geschieht, vorrangig als einen Aufruhr der Volksmassen (bzw. des „Mob“) zu interpretieren, mag zu Huntingtons These und ihren Adepten passen, greift als Erklärung der tatsächlichen Ereignisse jedoch zu kurz. In Ländern wie Syrien, dem Iran, Indonesien oder dem Sudan sind unorganisierte Spontandemonstrationen bekanntlich kaum möglich, und auch die vielen mitgeführten dänischen Fahnen bestätigen, dass diese Demonstrationen nicht „spontan“ erfolgten (auch wenn sich im Verlauf der Proteste eine gewisse Verselbstständigung abzuzeichnen beginnt). Die Demonstrationen und selbst die Ausschreitungen waren bewusst inszeniert: einerseits von arabischen Regierungen und andererseits von den verschiedenen islamistischen Strömungen, die in den meisten arabischen Staaten inzwischen, spätestens seit dem Irakkrieg auch unter den Sunniten, so stark geworden sind, dass sie ihre jeweiligen Regierungen in Fragen des Glaubens vor sich her treiben können – gerade so, wie die DF die dänische Regierung in Fragen der Ausländerpolitik. Offensichtlich sind die Islamisten zunehmend in der Lage, die liberalen Strömungen des Islam ideologisch geradezu einzukesseln. Die dringend gebotene Trennung von Staat und Religion kann unter derartigen Bedingungen nicht zustande kommen.

Diese Entwicklung wird von den politisch Herrschenden massiv befördert, die sich vielerorts an die Spitze der Bewegung zu stellen suchten. Dass einige Staatschefs dabei vorrangig bestrebt

waren, die breite islamistische Anhängerschaft in ihren Ländern ruhig zu stellen, sowie, einmal mehr, von den Problemen der inneren Entwicklung der arabischen Staaten und dem eigenen Versagen abzulenken, bestätigt, dass es in dem Konflikt nicht in erster Linie um die Deutung religiöser Fragen geht, sondern dass die Religion eher dazu dient, eine primär politische Agenda an den Mann (und die Frau) zu bringen.

Wenn Politik und Religion nicht voneinander getrennt sind, kann einerseits die „richtige“ Politik aus der Religion abgeleitet werden. Umgekehrt kann aber auch der religiös aufgeladene Anlass gesucht und gefunden werden, um eine politische Agenda unter Berufung auf Gott – und damit über jeden Zweifel erhaben – zu begründen.

„Den Islam, den die Gewalt der Kränkung gegen den Westen verteidigen will, gibt es nicht; er soll, weniger als Religion denn als gesellschaftliche Doktrin, in der Inszenierung erst erzeugt werden.“⁶ In diesem Zusammenhang bedeutete der Karikaturenstreit geradezu eine Steilvorlage für die Islamisten, aber auch und gerade für die von ihnen bedrängten arabischen Herrscher. So witterten insbesondere der in der Atomfrage unter internationalem Druck stehende iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad und seine Verbündeten Morgenluft. Sie organisierten Massenkundgebungen und einen Wirtschaftsboykott Dänemarks. Ahmadinedschad ließ gar einen „internationalen Karikaturenwettbewerb“ zum Thema Holocaust ausschreiben. Der Streit um die Mohammed-Karikaturen ist also offenkundig Wasser auf die Mühlen der arabischen Despoten und islamistischen Organisationen.

Die gut meinende Annahme, ein „Kampf der Kulturen“ nütze niemandem, greift demnach zu kurz. Politische Polarisierung nützt sehr wohl – und zwar den politischen und religiösen Extremisten. Das trifft, wie Mark Juergens-

6 Georg Seeßlen, Bilderkriegserklärung, in: „Tagesspiegel“, 12.2.2006.

meyer gezeigt hat, im Übrigen nicht nur auf den islamischen Fundamentalismus zu; auch andere Religionen haben ganz ähnliche Phänomene hervorgebracht – beispielsweise christliche Fundamentalisten, die in den USA Abtreibungskliniken in die Luft jagen und Ärzte erschießen.⁷ Nicht zufällig forderte der derzeit Wahlkampf betreibende italienische Reformminister Roberto Calderoli von der *Lega Nord* den Papst zu einem neuen „Kreuzzug“ auf – eine religiöse Denkfigur, wie sie nach dem 11. September 2001 auch von Präsident George W. Bush bemüht wurde.⁸

Wider das Kriegsgeschrei

Diese Eskalationsspirale aber bedeutet, dass, wer jetzt nicht auf Deeskalation setzt, den Brand weiter schürt. Wer würde denn auch ernsthaft vertreten, Provokation sei der richtige Weg der Auseinandersetzung mit Religionen und religiösen Gefühlen, mit dem Islam, dem radikalen zumal?

Dennoch scheint die Lust an der Provokation auch für Teile der Medienlandschaft geradezu unwiderstehlich. Die Fahrlässigkeit ist dabei mitunter frappierend: „Es ist ein Akt der Entschärfung, nicht der Verschärfung, wenn jetzt immer mehr Zeitungen dazu übergehen, [...] Karikaturen nachzudrucken“, schreibt Christian Geyer in der FAZ.⁹ Das mag für die „Jyllands-Posten“ gelten – für den internationalen Konflikt aber sicherlich nicht. Vielleicht sollte man sich hierzulande, wo einst mit „Stürmer“-Karikaturen Politik gemacht wurde, einmal ernsthaft der Frage stellen, warum die Presse in einigen derjenigen Länder, die auf eine lange, ununterbrochene demokratische Tradition blicken können – so in Großbritan-

nien, Schweden, den Vereinigten Staaten –, auf den von interessierten Kreisen so vehement geforderten Nachdruck der Karikaturen verzichtet hat.

In eigentümlichem Kontrast zu den aufgeregten Stellungnahmen im Westen steht schließlich die ganz überwiegend gemäßigte Reaktion der dort lebenden Muslime, die sich – bei aller Kritik an den Karikaturen selbst – nachdrücklich von den Ausschreitungen distanzieren haben. Auch namhafte Vertreter wie Tariq Ramadan, zeitweilig selbst unter „Islamismus-Verdacht“, haben sich in dieser Hinsicht unzweideutig verhalten.¹⁰ Und was auf den Bildschirmen nicht zu sehen war: In Beirut versuchten Imame, die Demonstranten auf der Straße zu beruhigen, und einige Muslime stellten sich schützend vor Kirchen. Es sind also keineswegs 1,3 Milliarden Muslime, die gegen „den Westen“ mobil machen, wie von den Islamisten interessengeleitet behauptet, sondern extremistische Gruppen unter ihnen. Eine überwältigende „Mehrheit in der Minderheit“ hat demgegenüber kein Interesse an einem „Kampf der Zivilisationen“. Eine kluge Strategie würde daher auf eine Isolierung der Extremisten und ein Bündnis mit den Gemäßigten setzen.

Demgegenüber ist es unverantwortlich – und zudem naiv – zu fordern, der Westen müsse jetzt „ungerührt seinen Zivilisationsvorsprung ausspielen. Mit allen Konsequenzen: bis hin zu Militärschlägen gegen die Atomanlagen des Iran.“¹¹ Hier schrumpft der so gepriesene „Zivilisationsvorsprung“ auf die eigene atomare Bewaffnung – diese Definition könnte geradewegs von den iranischen Islamisten um Ahmadinedschad formuliert sein. Sie ist zugleich eine drittklassige Beerdigung jener demokratischen Werte, für deren angebliche Verteidigung sich derzeit so viele in die Brust werfen.

7 Mark Juergensmeyer, *Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence*, Berkeley 2001.

8 Vgl. hierzu Hans-Eckehard Bahr, *Kreuzzug gegen Terror: Politik mit der Apokalypse*, in: „Blätter“ 9/2005, S. 1111-1118.

9 FAZ, 2.2.2006.

10 Vgl. Tariq Ramadan, *Kein Kampf der Kulturen*, in: „Die Welt“, 6.2.2006.

11 Ulf Poschardt, *Nicht provozieren lassen*, in: „Die Welt“, 7.2.2006.